RM Kindo begründet ihren Antrag damit, dass die Aufklärungsarbeit der Stadt nicht jeden erreicht und die Bundeswehr in ihrer neuen Stellung nicht besser gestellt werden darf als jeder andere Arbeitgeber. Daher hält sie es für wichtig, die Bürger/-innen persönlich auf das bestehende Widerspruchsrecht hinzuweisen.

BM Böhling erklärt, dass die Stadt vorschriftsmäßig durch Aushang und Bekanntgabe auf das bestehende Widerspruchsrecht hinweist und auf der Internetseite der Stadt ein Formular für den Widerspruch abrufbar ist. Im Falle einer Zustimmung des Antrages würden der Stadt zusätzliche Kosten entstehen. Hinsichtlich des Vergleichs mit anderen Arbeitgebern gibt BM Böhling zu bedenken, dass die Bundeswehr eine Vielzahl von Ausbildungsplätzen anbietet.